

# Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!**

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Fernsprecher: Amt Köntigsstadt, Nr. 1076.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

**Inhalt.** Die geschlagene Regierung. — Konferenz der Arbeiterschaft in der deutschen Leinenindustrie. — Weniger Brot! — Ist das Zellulosegarn anderen Textilgarnen gleichzustellen? — Textil-Zellgarn. — Brasiliens Baumwollkultur. — Neuordnung der Schuhversorgung. — Rüstungen gegen einen nichtgeplanten Streik. — Aus der Textilindustrie. — Kriegsgewinne der Textilaktiengesellschaften. — Volkswirtschaft. — Steuerfragen. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Quittung. — Verbandsanzeigen. — Privatanzeigen.

## Die geschlagene Regierung.

„Wie von einer Zaubergewalt sind die Schranken niedergefallen, die eine öde und dumpe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die Schranken, die wir miteinander aufgerichtet hatten, im Mißverständnis, in Mißgunst und in Mißtrauen. Es ist wie eine Befreiung und eine Beglückung, daß einmal dieser ganze Wust und Unrat hinweggefegt worden ist, daß nur noch der Mann gilt, einer wie dem anderen gleich, einer dem anderen die Hand reichend für ein einiges, für ein heiliges Ziel.“

Diese hoffnungsschwachen Worte sind wirklich gesprochen worden in Preußen-Deutschland, nicht in märchenhaft alter Zeit, sondern am 2. Dezember 1914 im Reichstag, und zwar von dem Reichszentraler Bethmann Hollweg. Wären sie nicht dokumentarisch festgelegt, so jederzeit nachzulesen, im vierten Kriegsjahr würden nur ganz wenige Starkgläubige glauben, daß solche Worte vor einer kurzen, allerdings ungeheuer ereignisreichen Zeitspanne von dem höchsten deutschen Reichsbeamten und preußischen Ministerpräsidenten ausgesprochen — und mit „allseitigem Bravo“ aufgenommen worden wären.

Was ist aus der Stimmung, aus der jenes Bekenntnis zur Volksverständigung geboren wurde, geworden? Man braucht durchaus nicht zu den „sentimentalen Klageweibern“ zu gehören, um zu bedauern, daß wir heute schon wieder, bevor noch der Krieg sein Ende erreicht hat, mitten in den ganzen Wust und Unrat der Vorkriegszeit hineingeraten sind. Unsere modernen Gewerkschaften sind Kampfbereinigungen, aber sie kämpfen doch nicht um des Kampfes willen, sondern um die Basis lokaler Anerkennung der Gleichwertigkeit zu verständigen. Nur wenn dies ausgeschlossen ist, wird zu dem äußersten gewerkschaftlichen Kampfmittel gegriffen. So bedeutete es auch keine Preisgabe unseres wirtschaftspolitischen Programms, als die Gewerkschaften, vor die Tatsache des Krieges gestellt, sich bereit erklärten, nach Kräften zum Schutze des von einer gewaltigen feindlichen Auslandsmacht bedrohten Gemeinwesens mitzuwirken, unbeschadet unserer militäristisch-imperialistischen schroff entgegengesetzten Auffassung von dem Kriege. In dieser Zeit erkannte und bekannte der verantwortliche Leiter unserer Reichs- und Staatspolitik die unausweichliche Notwendigkeit, den Geist der Volksverständigung zu pflegen und zu festigen durch die Aufhebung aller administrativen und gesetzlichen Ausnahmeregeln gegen die Arbeiterklasse. Aus dieser Erkenntnis heraus ist auch sein Entschluß der Beseitigung des elendesten aller Wahlsysteme, des preußischen Dreiklassenwahlrechts geboren. Das läßt die Begründung der Regierungsvorlage noch deutlich erkennen, obgleich sie reichlich spät, erst im vierten Kriegsjahr, das Licht der Welt erblickte.

Was ist aus der hoffnungsvollen Stimmung geworden? Ihr Befehrer, der Reichszentraler Bethmann Hollweg, ist von seinen bekannten Widersachern gestürzt worden, und zwar kurz nachdem er seinen Monarchen zum Versprechen des geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts für Preußen bezeugt hatte. Dieser Ministerschicksal war auch eine symbolische Handlung. Bald ein Jahr nach der Veröffentlichung des königlichen Wahlrechtsversprechens haben die Väter aller Reformhindernisse in Preußen-Deutschland der Regierung ihre Wahlrechtsvorlage verhunzt und zerrissen vor die Füße geworfen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der Reichszentraler und Ministerpräsident, der die Notwendigkeit der Austräumung des borusischen Wustes und Unrates offen bekannte, deswegen gestürzt worden ist, die grimmigen Anklagen der Wahlrechtsfeinde im preußischen Dreiklassenlandtag gegen den intellektuellen Urheber der Wahlrechtsvorlage würden die Beweiskette geschlossen haben. Und wie vor hundert Jahren die Reaktionsäre die preußischen Reformminister kaltgestellt haben, so mußten die preußischen Wahlrechtsminister am 14. Mai 1918 als Geschlagene das parlamentarische Schlachtfeld verlassen. Sie wurden geschlagen von den hochedlen Nachfahren der Widersacher der Stein und Hardenberg — und von den schwerreich gewordenen Söhnen und Enkeln der bürgerlichen Revolutionäre, die im vormärzlichen Preußen genau so als „unreif“ von den borusischen „Edelsten und Besten“ behandelt wurden, wie das jetzt den Arbeitern von den Erkorenen des Geldwahlrechts geschieht.

„Wenn sie nur mit einer Wimper zucken, sind sie verloren“, schrieb der Historiker Prof. Delbrück in seinen „Zahrbüchern“ kurz nach Veröffentlichung der Wahlrechtsvorlage den zu ihrer Vertretung berufenen Ministern ins Stammbuch.

Er hat recht bekommen. Auch in der dritten Lesung wurde das gleiche Wahlrecht, so wie es die Regierung versteht, mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt! Und das, obgleich die Regierung sich zu „Sicherungen“ bereiterklärt hat, die faktisch eine eventuelle „radikale Mehrheit“ des Abgeordnetenhauses flügellos machen geeignet wären, ganz abgesehen von der vorgesehenen „Ersten Kammer“, in der Großgrundbesitz und Großindustrie dominieren sollen. Mit dem Angebot dieser „Sicherungen“, die in der Regierungsvorlage nicht zu finden sind — also von der Regierung selbst nicht für „staatsnotwendig“ anerkannt wurden! — hat die Regierung schon mehr als mit „einer Wimper gezuckt“. Durch die von ihr zwischen der zweiten und dritten Lesung akzeptierten Zentrumsanträge soll auch die gegenwärtige, völlig veraltete Wahlkreiseinteilung zum Vorteil der Landjunkier beibehalten werden, bis eine Zweidrittelmehrheit anders beschließt; und überdies soll jedwede Verfassungsänderung nur dann geschehen, wenn „in beiden Kammern“ eine Zweidrittelmehrheit dem zustimmt! Man denke: eine Zweidrittelmehrheit auch im „Serrenhaus“! Die Annahme dieser außerordentlichen Bindung der zukünftigen Gesetzgebung stand schon fest, trotzdem lehnten auch da noch die 236 Konservative, Freikonervative, Nationalliberale und Zentrumsleute das gleiche Wahlrecht ab. Sie wollten diese Bindungen und außerdem ein Pluralwahlrecht. Wären schließlich die volkrechtsfeindlichen Nationalliberalen, die zur dritten Lesung einen Dreistimmenantrag einbrachten, der mit 338 gegen 73 Stimmen abgelehnt wurde (weil er den Konservativen noch nicht plutokratisch genug war), nicht genötigt gewesen, um des geringen Rechtes ihrer politischen Reputation willen gegen den, von ihnen mitfabrizierten, Beschluß der Kommission und der zweiten Lesung zu stimmen, dann würde jetzt noch das Siebenstimmwahlrecht zur Annahme gelangt sein. So aber wurde auch dieses abgelehnt, mit 220 gegen 191 Stimmen. Nunmehr stand die geschlagene Regierung vor einem „Vakuum“, vor einem Loch in ihrer Vorlage, der jetzt das Kernstück, die Wahlrechtsvorschrift, fehlt! Ein jammervoller Abschuß.

Als am 30. April der Rasinoverwalter Rittmeister und Abg. Graf v. Spee zu Beginn der zweiten Lesung „direkt von der Front“ kam und dreißig die Vertagung der Weiterberatung „bis nach Kriegsschlus“ beantragte, erklärte die Regierung erbot, im Falle der Annahme dieses Verschleppungsantrages würde sie sofort von dem „schärfsten Verfassungsmittel“, das ist die Auflösung, Gebrauch machen. Nachdem aber ihre Vorlage verhunzt und zerrissen war, sagte die Regierung im Rückzuge, sie würde nicht „auflösen“, sondern die Entscheidung des „Serrenhauses“ anrufen und dann, je nachdem das Verhandlungsergebnis und „die Kriegslage“ sei, zur Auflösung schreiben. Wenn die Auflösung am 30. April „tunlich“ war, warum nicht auch am 14. Mai? Wenn im Vorjahre die alldeutschen Weltkrieger die Auflösung des Reichstages unbekümmert der „schweren inneren Kämpfe“ stürmisch fordern konnten, warum verbot die „Rücksicht auf die schweren inneren Kämpfe“ und „die Kriegslage“ jetzt die Auflösung des Landtages? Herr v. Seydewitz weiß warum, aber auch noch viele andere Leute. Eine Annahme des gleichen Wahlrechts im „Serrenhaus“ ist ohne großen „Peerschub“ ausgeschlossen. Die „Verständigung“ mit der Landtagsmehrheit wird aber auch nur möglich sein, wenn die Regierung ihre Vorlage tatsächlich preisgibt. Und sie hat es prinzipiell bereits getan, indem sie am 14. Mai erklärte, über eine Zusatzstimme für Wähler im Alter von mindestens 50 Jahren „würde sich reden lassen“!

Die geschlagene Regierung hat nicht nur mit „einer Wimper gezuckt“, sondern sie befindet sich im offensbaren Rückzug vor den Junkern und Junkerengenossen. Nach der Volkszählung von 1907 hatten von den männlichen Einwohnern Preußens im Alter von über 14 Jahren 20—21 Proz. das 50. Lebensjahr erreicht bzw. überschritten. In der industriellen und städtischen Bevölkerung aber ist diese Altersklasse weit geringer vertreten. Nach den Erhebungen der preußischen Gewerbeinspektion 1912 waren von je 100 Arbeitern 50 Jahre alt und älter: in der Textilindustrie 16,9, Holzindustrie 15,5, Chemische Industrie 12,1, Zigarrenindustrie 10,7, Kleinisen- und Metallindustrie 9,7, Glasindustrie 9,4, Buchdruckerei 8,9, Eisgießerei 8,0, Maschinenindustrie 8,0, Großisenindustrie 7,0. In der Großisenindustrie des Regierungsbezirks Düsseldorf waren von je 100 Arbeitern in den Feuerbetrieben nur 4,77, in den Nichtfeuerbetrieben nur 6,32 genau 50 Jahre alt und älter. In der Bergbauindustrie stellen diese Altersklassen ebenfalls nur geringe Mengen dar. Tritt doch hier die Ganzinvalidität schon im 50. Lebensjahr ein (Durchschnitt der preußischen Knappschaftsengenossen). Und doch will die preußische Regierung über eine Zusatzstimme für die mindestens 50jährigen „mit sich reden lassen“, glaubt anscheinend, oder tut doch, als wenn sie es glaube, eine solche Entrechtung der Industriearbeitermassen bewege sich immer noch „auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts“. Weil die Industriearbeiter sich frühzeitig abradern, in viel größeren Scharen als die übrigen Einwohner im Alter von noch nicht 50 Jahren hinsterben, dafür sollen sie obendrein als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden! Diesen Faustschlag ins Gesicht

könnte die Arbeiterklasse nicht ruhig hinnehmen. Die Gewerkschaften werden sich verpflichtet halten, an dem gleichen und direkten Wahlrecht unter allen Umständen festzuhalten.

## Konferenz der Arbeiterschaft in der deutschen Leinenindustrie.

Die Arbeiterschaft der deutschen Leinenindustrie hatte für die Tage des 24. und 25. Juni aus allen Teilen des Reiches Delegierte und Delegiertinnen nach Berlin geschickt, um mit dem Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes die wirtschaftliche Lage sowie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft genannter Industrie zu besprechen und Maßnahmen zu beraten, wie auf diesen Gebieten eine Besserung geschaffen werden könne. Es machte sich diese Konferenz dringend nötig, da die Erfahrung gemacht wurde, daß nur durch ein gemeinsames, einheitliches Vorgehen der gesamten Leinenarbeiterschaft eine solche Besserung erreicht werden kann. Die Leinenindustrie gehört zu den wenigen Zweigen der deutschen Textilindustrie, die in diesem Kriege oder, besser gesagt, die infolge des Krieges nicht nur nicht gelitten hat, sondern glänzende Geschäfte machen konnte. Aber je glänzender sich die Abschlüsse der Firmen gestalteten, um so niedriger gestalteten sich in den meisten Orten die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft. Zwar die Löhne sind wohl etwas aufgebessert worden, aber sie sind trotzdem immer weiter zurückgeblieben hinter den Anforderungen, welche die heutige teure Lebensweise an jeden Menschen stellt. In der Leinenindustrie wurden ja schon immer, wie Kollege Süßich sehr richtig auf der Konferenz betonte, mit die niedrigsten Löhne gezahlt, und es hielt sehr schwer, in der Kriegszeit eine andere Meinung in die Kreise der Industriellen zu bringen. Nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe folgend, haben sich die Leinenindustriellen dazu bequemt, die Löhne etwas aufzubessern; aber das geschah so verschiedenartig, daß dieser Zustand nun erst recht nicht mehr ertragen werden konnte. Die Leinenindustrie ist nur mit Heeresausträgen beschäftigt, und da feststeht, daß die Heeresleitung die Arbeit auf Grund einer Durchschnittsgestehungskostenrechnung vergibt, so können auch ziemlich gleiche Löhne gezahlt werden. Es wird kaum vorkommen, daß sich Unternehmer unter dieser Durchschnittsgestehungskostenrechnung um Arbeit bewerben, weil die Unternehmer dieser Industriegruppe wohl restlos organisiert sind und sich natürlich verständigen über den Preis, den sie für zu vergebende Arbeiten fordern wollen. Um so unerhörter aber ist es, daß die Löhne in den einzelnen Orten so gewaltige Differenzen aufweisen. Für diese Differenzen läßt sich keine andere Erklärung finden als die, daß jene Unternehmer, die die niedrigen Löhne zahlen, sich auf Kosten der Arbeitslöhne ganz übermäßig und unberechtigt bereichern. Denn soweit uns immer von den militärischen Stellen versichert wurde, wird dort verlangt, daß der Lohn, der in die Gestehungskostenrechnung eingestellt ist, den Arbeitern auch wirklich gezahlt wird. Nun hat aber eine Lohnstatistik, die auf Verlangen der Kasseler Textilarbeiter aufgenommen wurde, ergeben, daß in der Lohnabrechnung für die Arbeiter in der Leinenindustrie ein geradezu unlösbarer Wirrwarr besteht. Nicht nur ergab sich hinsichtlich der Lohnhöhe ein ganz gewaltiger Lohnunterschied, sondern auch eine Verschiedenartigkeit der Lohnberechnung, daß es vielfach erst besonderer Berechnungen bedarf, um den Lohn überhaupt erst zu ermitteln. Der Lohn setzt sich vielfach zusammen aus dem sogenannten Friedenslohn, dann aus verschiedenen Zulagen, die man nicht auf den Lohn aufgerechnet hat, sondern besonders weiterführt. Das rührt daher, daß diese Unternehmer sich mit der Absicht trugen, die Löhne sofort wieder um die Zulagen zu kürzen, sobald der Krieg zu Ende ist. Das ist ein Raddelmuddel, der der Lohnmogelei der Unternehmer Tür und Tor öffnet. Deshalb erleben wir es, daß einzelne Firmen, die an mehreren Orten Betriebe haben, an diesen Orten ganz verschiedene Löhne zahlen. Vielleicht interessiert sich das B. V. M. einmal für die Löhne, welche die Firma Salzmännchen u. Co. in Kassel in ihren Betrieben in Kassel, in Melsungen und gar erst in Dederan zahlt. Am schlimmsten steht es um die Löhne der Hilfsarbeiter. Wir geben nachstehend die Löhne einer Anzahl Hilfsarbeiter bei der Firma Salzmännchen u. Co. an, um bei dieser einen Firma die Verschiedenartigkeit der Entlohnung zu zeigen.

Es zahlt die Firma Salzmännchen an die Stückpuzerinnen in Kassel 37—44 Pf., in Dederan i. S. nur 25 Pf. Stundenlohn; an die Kalandrarbeiter in Kassel 56 Pf., in Dederan 32 Pf. Dazu tritt dann in Kassel noch eine Teuerungszulage von 16—22 Pf. pro Stunde in der Stückpuzerei und 22 Pf. in der Kalanderei. Von einer solchen Teuerungszulage in Dederan wird in der uns vorliegenden Statistik nichts gesagt. Wir könnten die ganze Zeitung ausfüllen mit solchen differierenden Lohnfüßen; wir unterlassen es, weil wir nicht einen Teil der Unternehmer den billigen Grund zur Ablehnung von Anträgen auf höhere Löhne an die Hand geben wollen, den sie schon oft benutzt haben, näm-



geführt haben. Stets war dabei der leitende Gedanke, etwas Vollkommenes zu schaffen.

Die Arbeiten sind aus dem Stadium der Laboratoriumsversuche längst herausgetreten, und das Garn wird bereits in Großbetrieben hergestellt.

**Brasilien Baumwolle.**

Der „Economista“ (Madrid) vom 30. März gibt folgende Ausführungen des „Economista“ von Mexiko wieder: Die Bedeutung Brasiliens als Baumwoll-Land datiert seit den Jahren 1860—1865, in denen die Ausfuhr auf 22 000 000 Kilogramm stieg.

Table with 2 columns: Staaten, Ballen zu 80 Kilogramm. Lists states like Pernambuco, Rio Grande del Norte, Paraíba del Norte, etc.

Da nun der Rohstoffbedarf der einheimischen Fabriken auf 60 000 Tonnen jährlich geschätzt werden kann, so werden ungefähr 30 000 Tonnen für die Ausfuhr frei.

**Neuordnung der Schuhverforgung.**

Nach einer neuen Verordnung ist in der Zeit vom 15. Juni bis 15. September 1918 für jeden Verbraucher auf Antrag ohne Prüfung der Notwendigkeit des Bedarfs ein Sonderfußbedarfschein auszustellen.

liche Personenstandsurkunden, wie Geburtscheine und Ehe-schließungsurkunden, ferner Militärpässe, Reiseausweise und Heimatcheine dienen.

Die Erteilung eines Sonderfußbedarfscheins bei Prüfung der Anträge auf Erteilung von Schuhbedarfscheinen ist nicht zu berücksichtigen.

Anschließend daran werden zwei weitere, ebenfalls am 15. Juni in Kraft tretende Bekanntmachungen mitgeteilt, von denen die erste den Kleinhandelsverkauf von Schuwaren regeln und die Schuhpolonäsen verhindern soll.

Die Herstellung von Luxusfußwerk wird verboten; für die sonstige Maßanfertigung treten bestimmte Richtlinien in Kraft.

In den gemeinsamen Schlußbestimmungen heißt es: „Für die Ausbesserung von Schuwaren und die Abgabe von Maßfußwerk darf keine andere Gegenleistung als die zu berechnende Geldleistung gefordert oder angenommen werden.“

Die zuständige Behörde kann den Betrieb unterjagen, wenn Tatsachen die Unzuverlässigkeit des Unternehmers dartun. Vor der Unterjagung ist der Unternehmer zu hören.

**Rüftungen gegen einen nicht geplanten Streik.**

Das „Volksblatt“ in Cassel schreibt: In Nürnberg waren vorige Woche Gerüchte im Umlauf, nach denen am vergangenen Montag zum Protest gegen die Kürzung der Brotzation und gegen die Behandlung der preußischen Wahlrechtsfrage in allen Betrieben die Arbeit niedergelegt werden sollte.

Trotz der genannten Erklärungen hatte es, so entnehmen wir der „Frank. Tagespost“, die Militärbehörde für nötig gehalten, umfassende Vorbereitungen gegen den gar nicht geplanten Streik zu treffen.

auch nur im entferntesten rechtfertigen könnte. Wenn einzelne Leute in gewissen Fällen einen solchen Latendrang in sich fühlen, so mögen sie doch dafür sorgen, daß sie ihn an der Front betätigen können!

Obendrein nützen, wenn unsere Arbeiterchaft wirklich zum Streik entschlossen ist, selbst Maschinengewehre nichts, denn man kann nötigen falls auch streifen, ohne die Straße zu betreten.

**Aus der Textilindustrie.**

Zweimalige Arbeitsunterbrechung in Chemnitz. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Spinnerei Böhnitzal, Abteilung Weberei, in Chemnitz, legten am Donnerstag, den 27. Juni, vormittags plötzlich die Arbeit nieder.

Hierauf gab die Direktion folgende Bekanntmachung durch Anschlag bekannt:

„Vom nächsten Lohntag ab wird für den Meter Strohsack- und Mullbindenstoff 2 Pf. mehr gezahlt. Wir weisen aber darauf hin, daß bei diesem Lohn jede Weberin ihre Fadenbrüche selbst auszunehmen hat, da wir dann keine Ausnäherinnen mehr halten können.“

Hierauf legte die Arbeiterchaft sofort einmütig die Arbeit zum zweiten Male nieder und verließ den Betrieb.

Die Arbeiterchaft in der Textilindustrie forderte die 45 1/2 stündige Arbeitswoche: täglich 8 Stunden und am Sonnabendvormittag 5 1/2 Stunden.

Die Textilfabrikanten lehnten ab. Es wurde eine neue Eingabe eingereicht: täglich 9 Stunden und an Sonnabenden 5 Stunden = wöchentlich die 50 stündige Arbeitszeit.

Auf Vorschlag des Herrn Staatsrat Brandenstein wurde diese Forderung nochmals revidiert: täglich 9 1/2 stündige Arbeitszeit, jedoch am Sonnabendmittag 12 Uhr Arbeitschluß.

Inzwischen ist die Brotzation gekürzt, und auch sonst sind die Lebensmittel immer knapper geworden.

Am 26. Juni 1918 fand nun die Fortsetzung der am 12. März abgebrochenen Verhandlung im Säch. Bahnhof zu Gera statt.

Der Webereiverband ist an Beschlüsse des Verbandes der Textilindustriellen, Sitz Berlin, gebunden und darf unter die 56 stündige Arbeitswoche nicht heruntergehen.

Der vom Webereiverband, Ortsgruppe Gera, dem Schlichtungsausschuß in Gera unterbreitete Vorschlag, wenn Arbeiter oder Arbeiterinnen länger als 5 Stunden ohne Verschulden nicht arbeiten könne, über diese 5 Stunden hinaus eine Entschädigung zu zahlen, unter Zugrundelegung des Durchschnittslohnes der letzten vier Zahltage, wird aufrechterhalten.

Die Notlage der Textilarbeiterchaft wird anerkannt. Um doch etwas helfen zu können, wollen die Textilfabrikanten einmal 30 000 Mk. spenden.

Es wird der Vorschlag gemacht, in nochmaliger Eingabe zu beantragen, während der Kriegszeit die 53 stündige Arbeitswoche einzuführen.

In etwa 14 Tage soll dann eine gemeinsame Aussprache mit den Vertretern des Webereiverbandes, Ortsgruppe Gera, anberaunt werden.

Der Notstand wird also anerkannt, aber getan werden soll nichts.

Die Maßregelung von Textilarbeitern, die ihre und die Interessen ihrer Kollegenchaft gegenüber den Interessen der Kapitalisten in der Textilindustrie wahrnehmen, war immer ein beliebtes, wenn auch sehr schäbiges Kampfmittel.

es doch die Sonne an den Tag. Jetzt ist wieder ein solcher Fall zu bezeichnen.

Bei der Firma Albert Hamburger in Landeshut arbeiteten die zwei Kollegen Bruno Otto und Gustav Proll als Scherer; der erstere war 15 Jahre, der andere 10 Jahre im Betriebe.

„Ich bitte daher die Namen der zwei Scherer vorzumerken, um ihnen bei eventueller Anfrage wegen Arbeit die Annahme zu verweigern, da gerade diese beiden Scherer bei mir von jeher die ersten Aufwiegler gewesen sind.“

Wemerkte sei nur, daß der Inhaber dieser Firma der Vorsitzende der dortigen Unternehmervereingung ist. Er scheint da also ganz besonders eifrig zu sein in der Wahrnehmung seiner eigenen und der Interessen seiner Unternehmerkollegen.

Kriegsgewinne der Textilaktiengesellschaften.

Mechanische Weberei zu Linden A.-G. in Hannover Linden. Da es der Gesellschaft unmöglich war, die zum Betriebe der Weberei als Höchstleistungsbetrieb benötigten Arbeitskräfte einzustellen, war sie dem Geschäftsbericht zufolge genötigt, die Weberei im Sommer 1917 vollständig stillzulegen.

Die Leipziger Baumwollspinnerei, A.-G. in Leipzig-Lindenu, erzielte nach Abschreibungen von 515 000 Mk. (i. B. 536 000 Mk.) einen Reingewinn von 756 000 Mk. (767 000 Mk.), aus dem bekanntlich wieder 16 Proz. Dividende verteilt werden sollen.

Volkswirtschaft.

Die Preissteigerung der Lebensmittel.

Wie die Preise der wichtigsten Lebensmittel in den letzten Jahren gestiegen sind, zeigt folgende Gegenüberstellung:

Table with 4 columns: Lebensmittel, Monat u. Jahr, Preis für 1 kg des Bezugs, and another column. Rows include Brot, Fleisch und Wurst, Erbsen, Bohnen, Graupen, Gerstenmehl bzw. Bohnenmehl, and Klippische.

Das Pfund Brot soll nun im neuen Erntejahr auch noch 6-8 Pf. teurer werden.

Steuerfragen.

Drohende Sonderbelastung der organisierten Verbraucher!

Zu § 6 der Vorlage betreffend Erhöhung der Umsatzsteuer haben die Abgeordneten Gothein und Genossen einen Antrag gestellt, wonach die Steuer für Umzüge im Kleinhandel gestaffelt werden soll, so daß sie von 100 000 Mk. Umsatz an mehr als 1/2 Proz. betragen wird, steigend bis zu einem vollen Prozent bei Umsätzen über 3 Millionen Mark.

kaufersparnis, die sie durch rationelle Bedarfsdeckung im eigenen Geschäft erzielen, abgeben. Ein Konsumvereinsmitglied, das zum Beispiel in der Konsumgenossenschaft Berlin 1000 Mk. Umsatz macht und dafür 4 Proz. als Einkaufersparnis rückvergütet bekommt, würde von den 40 Mk. auf Grund des Antrags 10 Mk. einbüßen, während der Käufer in einem Zwerggeschäft nur 5 Mk. Steuer zu tragen hätte.

Vermischtes.

Das Vaterland braucht jeden Arm.

Aus den Kreisen der Schichten, die Hilfe suchen, veröffentlicht die „Kölnische Zeitung“ Anzeigen wie diese:

„Gehucht für herrschaftlichen Haushalt (Landhaus in Berliner Vorort) von vier Personen und fünf Dienboten eine durchaus selbständige Küche-Saushälterin, erfahren im gesamten Hauswesen, in der Beaufsichtigung des Personals, in der feinen Küche, im Backen, Einmachen und Anrichten.“

Schriftliche Angebote mit Lebenslauf, Zeugnissen und Photographie an Frau Vandalendirektor Ullner, Berlin-Dahlem, Faradayweg 10.“

Ein Gegenstück zu solchen Anzeigen ist folgende Bekanntmachung: „Drittmädchen oder Jungfer zur persönlichen Bedienung, perfekt im Backen und Servieren, zum baldigen Eintritt gesucht.“

„Es wird bei mir Klage darüber geführt, daß Arbeiterfrauen, die arbeiten können, nicht oder nur unwillig Arbeit in Feld und Garten leisten wollen.“

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: v. Arnim. Unsere Leser mögen sich selbst einen Vers dazu machen.

Berichte aus Fachkreisen.

Dobritz b. Dresden. Wohin die Interesslosigkeit führt, zeigen die Lohnverhältnisse in der Dresdener Spitzen- und Gardinenmanufaktur A.-G. und in der Bleicherei und Appretur des gleichen Betriebes in Dobritz. Während es die Arbeiter anderer Betriebe, auch die der Textilindustrie verstanden haben, sich mit Hilfe der Organisation namhafte Lohnerhöhungen zu erringen, geht es in diesem Betriebe nicht vorwärts.

Auch eine am 15. Juni d. J. einberufene Betriebsversammlung war wieder nur von wenigen Arbeitern besucht, und es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob dieser Zustand so bleiben soll. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeiterschaft dieses Betriebes es vor dem Kriege verstanden hatte, einigermaßen erträgliche Verhältnisse zu erringen, und zwar dank eines guten Organisationsverhältnisses.

gebliebenen haben die hohe Aufgabe, die Organisation zu behüten und zu bewahren, damit die Zurückgehenden kein Trümmerfeld der Interesslosigkeit vorfinden! Kollegen und Kolleginnen der Spitzen- und Gardinenindustrie! Sorgt auch Ihr für angemessene Löhne! Die meisten Branchen haben bereits seit langem gute Löhne weit überflügelt! Aber die Klagekinder, die in der letzten Versammlung angeklagt wurden, helfen nichts. Tatkraft allein führt zum Ziel! Organisiert Euch selbst, werbt Mitglieder, dann existiert eine Besserung Eurer Lage herbeigeführt werden können!

Delsnit-Adorf. In der Fabrik „Textilwerke A.-G.“ in Adorf ist nach wie vor ein sehr flotter Geschäftsgang zu verzeichnen, aber die Arbeiter klagen, daß sie mit dem dort erzielten Verdienst nicht auskommen können. Sie sind der Meinung, daß, weil eben dieser Betrieb sehr hohe Gewinne abwirft, auch die Löhne etwas erhöht werden könnten. Weil das aber nicht geschieht, so wird unter den Arbeitern das Verlangen nach einer Lohnerhöhung immer allgemeiner. Es haben nun in der letzten Zeit Besprechungen stattgefunden, in denen über die Verhältnisse im genannten Betriebe beraten wurde. Diese Besprechungen waren im allgemeinen auch ganz gut besucht, ein Beweis für die gute Stimmung unter den Arbeitern. Nun ist aber eine große Anzahl der Arbeiter der Meinung, daß eine Lohnerhöhung schon in einigen Tagen mit einer einzigen Zusammenkunft erzielt werden könne, was aber unter den heutigen Verhältnissen und gerade in diesem Betriebe nicht gut möglich ist.

Quitung. Im Mai (im Juni nicht) gingen bei dem Unterzeichneten ein: aus Hainichen 4,95 Mk. Paul Wagener.

Verbandsanzeigen.

Advertisement for Verbandsanzeigen containing sections for Bekanntmachungen, Totenliste, and Gestorbene Mitglieder with names and addresses.

Privat-Anzeigen.

Advertisement for Privat-Anzeigen featuring a Berlin Generalversammlung on Donnerstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, bei Rotowitnik, Langestr. 30.